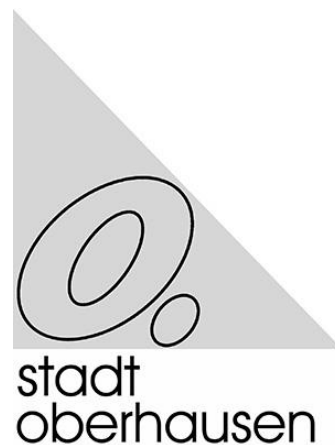




Ansprache von

Oberbürgermeister Daniel Schranz

zur Einbringung des städtischen Haushalts 2023

in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen

am 26. September 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,

der eine oder die andere von Ihnen wird sich vielleicht noch an die Ratssitzung vor fast genau einem Jahr erinnern, die Sitzung, in der wir den städtischen Haushalt für dieses Jahr eingebracht haben.

Wer von Ihnen hätte damals damit gerechnet, dass wir uns heute – dass wir uns überhaupt noch einmal – in Deutschland mit den direkten Auswirkungen eines Krieges in Europa würden beschäftigen müssen?

Ich nicht!

Damals – vor einem Jahr – hatten wir die Hoffnung, dass die große Krise, die Corona-Pandemie, im Frühjahr 2022 enden würde.

Heute, im Herbst 2022, stellen wir fest, dass Wladimir Putin seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit der Mobilmachung noch einmal eskaliert hat – ein Ende ist weiter nicht in Sicht. Was für uns bedeutet, dass wir die Menschen aus der Ukraine, die vor diesem Krieg bei uns Schutz suchen, weiterhin unterbringen und versorgen. Und was für uns bedeutet, dass die durch diesen Krieg ausgelöste Energiekrise mit ihren wirtschaftlichen Folgen viele Oberhausenerinnen und Oberhausener hart treffen wird.

Diese großen Herausforderungen legen sich dabei auf die eben noch nicht beendete Corona-Pandemie, so dass sich die Lagen förmlich übereinanderschichten zu einer multiplen Krisensituation. Was mich dazu bringt, bevor wir uns genauer dem Haushalt 2023 zuwenden, über eine sehr grundsätzliche Frage nachzudenken:

Die Frage, was da eigentlich die Aufgabe von Politik, von Verwaltung, von Staat und Stadt ist?

Verantwortung übernehmen.

Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Erste, was mir dazu einfällt.

Das ist, wofür uns die Wählerinnen und Wähler ihre Stimme gegeben haben – und nicht dafür, uns nur über die schwierigen Lagen zu beklagen, um Fragen aufzuwerfen, wie das alles weitergehen soll, um gar Katastrophen heraufzubeschwören. Unsere Aufgabe ist es, gute Lösungen für Oberhausen zu suchen und zu finden; gute Lösungen, die die Menschen in unserer Stadt dann auch überzeugen.

Verantwortungsvoll ist unsere Aufgabe immer. Doch mit den sich überlagernden Krisen wachsen die Herausforderungen, vor denen Staat und Stadt stehen – also auch der Rat der Stadt Oberhausen und ihre Verwaltung.

Umso wichtiger ist es da, dass wir uns dieser Verantwortung bewusst sind und nach ihr handeln – und ich glaube sagen zu dürfen: Das tun wir! Indem wir uns auf Bundes- und Landesebene in diversen Gremien und Runden einbringen, um den aktuellen Krisen bestmöglich zu begegnen. Aber vor allem, indem wir eben nicht nur warten, was uns von Bund und Land vorgegeben oder empfohlen wird, sondern indem wir selbst vor Ort die Lage analysieren und unsere Schlussfolgerungen ziehen.

Und damit bin ich bei meiner zweiten Antwort auf die Frage, was denn eigentlich die Aufgabe von Politik, von Verwaltung, von Staat und Stadt ist:

Handeln! Das ist aus meiner Sicht das Zweite, was wir tun müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist unsere Aufgabe, aus der Analyse der Krisen und Probleme Ziele abzuleiten und konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Es ist unsere Aufgabe, Probleme zu lösen, indem wir konsequent gegen die Krisen anarbeiten – und genau das tun wir!

Wie viele und wie lange wir mit Krisenstäben Dinge bewegen würden, hätte sich vorher wahrscheinlich niemand vorstellen können. Ich bin den vielen Verantwortungsträgerinnen und -trägern aus der Stadtgesellschaft sehr dankbar, die sich in unseren Krisenstäben jetzt mittlerweile nicht über Monate, sondern über Jahre hinweg so gewissenhaft engagieren und dabei helfen, schnelle und gute Lösungen zu finden und umzusetzen. Ihnen gebühren unser Respekt und unser herzlicher Dank! Namentlich gilt unser ganz besonderer Dank den beiden Krisenstabsleitern, Michael Jehn und Frank Motschull!

Ich will in dieser Ratssitzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, zudem auch ganz bewusst den Dank wiederholen, den ich bei der städtischen Personalversammlung und Frauenversammlung ausgesprochen habe. In den letzten zweieinhalb Jahren konnte und musste der öffentliche Dienst zeigen, was in ihm steckt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung haben die Krisen angenommen und sie gemanagt – und daneben ihr Tagesgeschäft weiter betrieben, von der Kinderbetreuung bis zur Sterbeurkunde. Wir haben gleichzeitig massiv in die Zukunft unserer Stadt investiert und große Veränderungsprozesse realisiert wie die Gründung des Eigenbetriebes SBO oder die Restrukturierung der IT. Das waren harte Jahre für die Verwaltung – aber eben auch sehr erfolgreiche.

Und deshalb bin ich mir sicher, dass ich heute auch im Namen des Rates der Stadt Oberhausen dafür ein herzliches Dankeschön aussprechen darf!

Eine dritte und letzte Antwort auf die Frage, was die Aufgabe von Politik, von Verwaltung, von Staat und Stadt in diesen Krisenzeiten ist, will ich noch benennen:

Zuversicht geben! Den Menschen Zuversicht zu vermitteln, ist aus meiner Sicht die dritte Aufgabe, die wir hier im Saal übernehmen müssen.

Jammern und Wehklagen reichen ganz sicher nicht, um den Herausforderungen zu begegnen. Sie vermitteln zudem eben keine Zuversicht, sie vermitteln keine Hoffnung.

Die Menschen in unserem Land und in unserer Stadt machen sich ja nachvollziehbarerweise Sorgen, etwa

- ob es eine neue, schwerere Corona-Winterwelle geben wird,
- ob es in der Ukraine zu einem atomaren Unglück – nur 50 Kilometer vom Zentrum unserer Partnerstadt Saporishja entfernt – oder gar zum Einsatz von Atomwaffen kommen wird,
- ob die eigene Familie oder der eigene Betrieb, bei denen es finanziell bisher knapp gereicht hat, mit den drastischen Energiepreiserhöhungen klarkommen werden.

Und ganz sicher wäre es vermessen, wenn wir behaupten würden, dass wir all diese Herausforderungen in Oberhausen alleine lösen könnten. Um so wichtiger ist es aber, dass wir mit all dem, was wir tun, mit dem Übernehmen von Verantwortung und mit unserem Handeln Zuversicht wecken und ausstrahlen.

Panikmache, Populismus und Spalten sind das Gegenteil davon, und sie sind – da spreche ich sicherlich im Namen aller hier anwesenden Demokratinnen und Demokraten – in Oberhausen nicht willkommen!

Uns zeichnet etwas anderes aus, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Oberhausener Tradition ist die Solidarität gerade in Krisenzeiten, ist das Unterhaken – bei allen politischen Unterschieden, die es gibt und geben muss. Dass der ganz überwiegende Teil dieses Rates – bei allen unterschiedlichen Positionen im Detail – in diesen Krisenzeiten zusammensteht, ist Ausdruck unserer Tradition – und gleichzeitig eben nicht selbstverständlich. Deshalb will ich heute eben auch dafür Dank sagen, für dieses Zusammenstehen der Oberhausener Politik bei der Bekämpfung von Corona ebenso wie bei der Hilfe für die Menschen aus und in der Ukraine sowie dem Umgang mit der Energiekrise. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen auch ein bisschen stolz darauf sein. In jedem Falle: Danke dafür!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in diesen Krisenzeiten müssen wir Verantwortung, Handeln und Zuversicht zusammenbringen, denn unsere Aufgaben sind groß: Wir werden sie nur gemeinsam bewältigen können. Und gleichzeitig darf ich mit voller Überzeugung sagen: Bei alldem, was noch zu tun ist und was im Detail noch besser laufen könnte – gemeinsam bewältigen und erreichen wir tatsächlich viel!

So können wir mit deutlich mehr Zuversicht in den dritten **Corona**-Winter gehen. Wir wollen die Oberhausener Opfer, die Covid gefordert hat, nicht verschweigen und erst recht nicht vergessen: Jeder einzelne Mensch ist ein schwerer Verlust.

Aber wir dürfen auch nicht aus dem Blick verlieren, was wir geschafft haben: Durch das Management des Krisenstabes und den Einsatz der Oberhausener Ärzteschaft, Stadtverwaltung und der Hilfsorganisationen haben wir in unserer Stadt rund 500.000 Impfdosen verabreichen können, und viele davon werden Leben gerettet haben!

Stellvertretend für all das Engagement möchte ich nur an unsere riesige Impfaktion in der Rudolf-Weber-Arena kurz vor Weihnachten erinnern – mit 25 Impf-Straßen und fast 4.000 Booster-Impfungen an einem Sonntag! Und auch jetzt lehnen wir uns selbstverständlich nicht zurück. Unsere Impfstellen in Alt-Oberhausen und in Osterfeld sind schon wieder geöffnet und boostern die Menschen mit dem an die

Omikron-Varianten angepassten Impfstoff; die Impfstelle in Sterkrade folgt in wenigen Tagen.

Außerdem starten wir in den nächsten Wochen eine eigene Oberhausener Werbekampagne: Menschen aus unserer Stadtgesellschaft wollen ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Impfung motivieren, um eine weitere Be- und Überlastung des medizinischen Personals zu vermeiden und um dem Ende der Pandemie näher zu kommen.

Wir sollten aber auch nicht müde werden, den vielen Helferinnen und Helfern, den Menschen in den Arztpraxen, Gesundheits- und Rettungseinrichtungen zu danken, allen, die Corona die Stirn geboten haben und weiter bekämpfen – meinen und unseren Respekt und herzlichen Dank!

Ein weiteres Beispiel für unser erfolgreiches Handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unsere Unterstützung für die Menschen aus und in der **Ukraine**.

Selbstverständlich können wir den Krieg nicht beenden – aber wir können den Kindern, den Jugendlichen, den Frauen und Männern helfen, die bei uns Zuflucht gesucht haben. Mehr als 3.700 Menschen haben wir aufgenommen, rund 3.080 leben zurzeit hier. Oberhausen zeigt hier nun wahrlich ein außerordentlich großes Engagement!

Gemeinsam mit den Hilfs- und Flüchtlingsorganisationen bringen wir die zu uns Geflüchteten unter, versorgen sie und bereiten den Weg zur Integration: Fast alle der mehr als 700 schulpflichtigen Mädchen und Jungen haben wir individuell beraten und ihnen einen Schulplatz vermittelt. Die Schulen in unserer Stadt haben hier in kürzester Zeit Enormes geleistet, denn rechnerisch haben wir 28 neue Klassen dazu bekommen. Ich denke auch in Ihrer aller Namen, meine Damen und Herren, danke ich der gesamten Schullandschaft unserer Stadt für diese gelebte Solidarität: Sie spenden den 730 Kindern Trost und geben ihnen und ihren Eltern Hoffnung für die Zukunft. Unseren herzlichen Dank dafür!

Aber auch den Kolleginnen und Kollegen in der Sozialverwaltung, im Jobcenter und den freiwilligen Helferinnen und Helfern bin ich für ihren großen Einsatz zutiefst dankbar. Menschen auf der Flucht vor Krieg etwas Sicherheit zu bieten, Krisen wie

diese mit Menschlichkeit zu managen, ist uns in Oberhausen wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren! Danke dafür!

Dass wir auch unsere Freundinnen und Freunde in Saporishja mit Hilfsgütertransporten unterstützen können, ist zu einem ganz überwiegenden Teil dem Verein „Oberhausen hilft“ mit seinem unermüdlichen Team um Jörg Bischoff und André auf der Heiden, Wolfgang Heitzer und Henrike Eickholt, sowie seinen Spenderinnen und Spendern zu verdanken.

Fast eine halbe Million Euro haben die Oberhausenerinnen und Oberhausener gegeben, um den Menschen in unserer geschundenen Partnerstadt zu helfen. Aus Saporishja bekommen wir mit, dass diese Hilfe bei den Menschen wahrgenommen wird als ein „Sie haben uns nicht vergessen“ – und so vielleicht auch in dieser Katastrophe ein wenig Zuversicht spendet. Danke für dieses Engagement und die Großzügigkeit!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, während wir vor einem Jahr von der Corona-Pandemie als der größten Krise für unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg gesprochen haben, beherrscht nun die **Energiekrise** die Nachrichten und die Gedanken, die Sorgen vieler Menschen. Dass wir vorsichtig optimistisch sein können, dass wir nicht in eine Gasmangellage geraten werden, ändert leider nichts daran, dass es für viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Unternehmen schwierig oder unmöglich werden wird, ihre Energiekosten ohne Hilfe zu schultern.

Diese Nöte dürfen auch wir vor Ort nicht aus dem Blick verlieren. Um Jobs zu erhalten und Menschen zu unterstützen, müssen die verschiedenen Ebenen des Staates zusammenarbeiten. Das kommt in den großen Hilfspaketen zum Ausdruck, aber auch darin, dass wir vor Ort es sein werden, die viel davon umsetzen – vom Wohngeld bis zu den Kosten der Unterkunft.

Wichtig ist mir dabei auch der Hinweis, dass unsere EVO nicht zu den Kriegsgewinnlern gehört. Allen drastischen Preissteigerungen zum Trotz plant die EVO keine höheren Gewinne, sondern niedrigere.

Und ich muss Ihnen nicht erklären, dass mit diesem Gewinn unser ÖPNV mitfinanziert wird. Was bedeutet, dass die dadurch entstehende Lücke bei der STOAG den städtischen Haushalt zusätzlich belasten wird.

Energie zu sparen, mehr regenerative Energien zu nutzen ist da nicht nur wegen der Energiekrise das Gebot der Stunde. Den Energieverbrauch zu senken, soll dabei helfen, gut über diesen Winter zu kommen, aber auch Kosten zu senken und unsere CO₂-Bilanz zu verbessern. Denn zu den multiplen Krisen, mit denen wir umgehen, gehört eben auch der Klimawandel. Und auch da handeln wir – und schaffen vieles:

Weil wir uns nicht erst jetzt auf diesen Weg machen, kann die Stadt Oberhausen das vorgegebene Einsparziel von 20 Prozent wohl erreichen. Nach den acht Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen und den acht Grün-Dächern, die wir im laufenden Jahr installiert haben, werden 2023 weitere 14 Projekte diese Art helfen, unsere Energiebilanz zu verbessern. Insgesamt fast acht Prozent des bisherigen städtischen Energiebedarfs sparen wir allein mit der energetischen Sanierung unserer Lehrschwimmbecken ein – das ist ein großer Erfolg, für die Stadtkasse und für die Umwelt.

Die Gründächer helfen uns auch bei der Klimafolgenanpassung, genauso wie die Renaturierung der **Emscher**. Die ehemalige „Köttelbecke“ ist abwasserfrei – das ist ein guter Grund für Zuversicht, wie ich finde, denn keine Stadt wird auf längerer Strecke von diesem Fluss durchflossen als Oberhausen!

Die Aue, die die Emschergenossenschaft in der Nähe des neuen Pumpwerks im Holtener Bruch anlegt, wird eines der größten Hochwasserschutzgebiete entlang dieses Flusses sein, wird viele Kommunen entlang der Emscher und ihrer Zuflüsse vor möglichen Überflutungen schützen. Das ist – die Flut-Katastrophe im Juli 2021 hat es uns nur zu deutlich gemacht – ein wichtiger und richtiger Schritt. 28 Millionen Euro investiert die Emschergenossenschaft in Holten, um auf rund 30 Hektar einen ökologischen Schwerpunkt zu schaffen, der zudem ein neues Naherholungsgebiet in unserer Stadt wird. Und wer weiß, vielleicht treffen wir uns alle an einem nicht allzu fernen Tage nach einer langen Ratssitzung im Sommer noch zum Feierabendbier am Emscherstrand ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir zu einer klimaresilienten Stadt werden wollen, haben wir noch einen weiten Weg vor uns, das stellt niemand in Frage. Wichtige Schritte auf diesem Weg gehen wir mit Innovation City: Nach den Erfolgen in Osterfeld ist das Projekt mit Alstaden jetzt im zweiten Oberhausener Viertel gestartet. Aber auch das **Pflanzen von Bäumen** bringt uns weiter. Rund 8.700 Bäume werden die Servicebetriebe Oberhausen insgesamt in diesem Jahr pflanzen. Demgegenüber stehen rund 530 Bäume, die gefällt werden mussten und müssen. Wir pflanzen also in diesem Jahr 16mal mehr Bäume als wir fällen. Der größte Teil wird in Wäldern und anderen Forstanlagen wachsen, rund 540 Bäume werden an Straßen und auf Schulhöfen für bessere Luft und mehr Schatten sorgen.

Und gerade weil uns allen klar ist, dass man einen erwachsenen Baum nicht durch einen jungen ersetzen kann, ist es doch gut zu wissen, dass auch in den vergangenen Jahren immer deutlich mehr Bäume gepflanzt als gefällt worden sind – ein Trend den wir fortsetzen und nach Möglichkeit beschleunigen wollen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Verantwortung, Handeln und Zuversicht: Dieser Dreiklang gilt nicht nur für unsere Antwort auf die gegenwärtigen Krisen.

Er trifft in großem Maß auch auf unsere **Investitionen in die Zukunft** zu, **ganz besonders in die Bildungsinfrastruktur** unserer Stadt. Weil hier die Weichen für das Leben und die Chancen unserer Kinder gestellt werden, ist das einer der wichtigsten Faktoren für die Zukunftsfähigkeit Oberhausens. Und auf diesem Feld haben wir viel Nachholbedarf, wie wir alle wissen. Heißt: Wir sind noch längst nicht fertig – aber auf einem guten Weg.

Ein Beispiel dafür sind die Modernisierungen am Elsa-Brändström-Gymnasium, die energetisch sanierte Fassade, die hochmodernen Naturwissenschaftsräume, das Gründach. Ein weiteres Beispiel ist der schöne Anbau des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs: Er macht seit einigen Wochen Lernen und Lehren bequemer und effektiver, weil die Dependance aufgegeben werden konnte und nun alle an einem Ort zusammenarbeiten.

Aber auch zu Beginn der Bildungslaufbahn unserer Kinder wollen wir gute Bedingungen schaffen: Wir investieren in die städtischen Kindertageseinrichtungen, damit wir ein gutes Fundament für die Bildung, die Entwicklung der Kinder legen.

In diesem Jahr haben wir bereits die große Erweiterung der KTE Rechenacker in Betrieb genommen, die Bauten an den Einrichtungen Biefang und Holten werden in den nächsten Wochen fertig; damit können wir das Angebot der Plätze in Oberhausen insgesamt im laufenden Kita-Jahr um weitere 160 auf 8.641 Plätze steigern.

Für das laufende Jahr haben wir rund 40 Millionen Euro an Investitionen in Schulen und Kindertageseinrichtungen geplant; ob wir sie tatsächlich in dieser Höhe verbauen können, hängt auch davon ab, wie stark sich die Störungen in Produktion und Lieferketten durch Krieg und Pandemie auswirken.

Solche Probleme werden uns die Umsetzung unserer Pläne im kommenden Jahr leider weiter erschweren. Und wir haben uns viel vorgenommen! Mehr als 142 Millionen Euro plant die Stadt Oberhausen in 2023 zu investieren – und mehr als ein Drittel sind für unsere Schullandschaft vorgesehen.

Allein rund zehn Millionen Euro sind für die Planung der neuen Gesamtschule an der Knappenstraße veranschlagt, für das Entwickeln so moderner Lernwelten, dass sie auch in Jahrzehnten noch nicht veraltet erscheinen werden. Denn die Planung und der Bau dieser neuen Schule ist nicht nur dringend notwendig, es ist – wenn man bedenkt, dass das Hans-Sachs-Berufskolleg 1976 der letzte städtische Schulneubau war – vielleicht eine Once-in-a-lifetime-Gelegenheit für uns, meine Damen und Herren! Der Architektur-Wettbewerb ist geschlossen, wir suchen in den nächsten Wochen den besten Entwurf für die neue Schule aus.

Aber selbstverständlich vergessen wir die bestehenden Schulen nicht: Allein für die An- und Ausbauten der Gesamtschule Weierheide, des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums oder der Grundschule am Froschenteich sind in unserem Haushaltsentwurf jeweils mehr als drei Millionen Euro eingeplant.

Die Investitionen in unsere Bildungsinfrastruktur sind eine sehr große Aufgabe. Umso schöner ist es, wenn wir große Meilensteine erreichen und wichtige Projekte abschließen können. Beim Thema Digitalisierung – das unsere Arbeit in den nächsten Jahren mit bestimmen wird – stehen wir kurz vor einem solchen Abschluss:

Wir haben es geschafft, bis auf ganz wenige Ausnahmen alle Schul- und Verwaltungsstandorte ans **Glasfasernetz** anzuschließen – und das innerhalb kurzer Zeit und fast ausschließlich mit Fördergeld.

Das ist alles andere als selbstverständlich: Unser IT-Team wird immer wieder von Kolleginnen und Kollegen anderer Kommunen gefragt, wie es das hinbekommen hat. Das kann uns Zuversicht geben für die großen Aufgaben in diesem Bereich, die es zu erledigen gilt, um eine digitalere Verwaltung, eine smarte Stadt zu werden.

Einen Quantensprung in zeitgemäßer Verwaltungsarbeit machen wir mit unserem neuen **Sozialrathaus** an der Essener Straße – sowohl für Kundinnen und Kunden als auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Doch nicht nur dafür ist das Gebäude ein Beispiel. Das ehemalige technische Zentrum der Sparkasse steht für kreative Lösungen. Wir haben ein für seinen ursprünglichen Zweck nicht mehr benötigtes Gebäude gekauft und für seine neue Nutzung umgebaut – mit geringeren Kosten, als ein Neubau verursacht hätte.

So haben wir angemessenen und ausreichend Raum für die Aufgaben dieses Bereichs geschaffen, haben Kolleginnen und Kollegen von sieben (!) Standorten zusammengeführt, haben damit Zusammenarbeit effizienter gemacht und haben zudem einen Leerstand verhindert: eine Win-win-win-Situation, meine Damen und Herren, und ein Beispiel, das Schule machen kann!

Solche Win-win-win-Modelle immer häufiger umzusetzen, ist eines der Ziele, die wir mit der **Neuordnung der städtischen Immobiliengesellschaften** verfolgen wollen:

Wir ordnen den Grundbesitz der Stadt, verschlanken die Struktur und schaffen so mehr Raum für Gestaltung. Gestalten ist – auch da sind wir uns sicher einig, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen – eine weitere wichtige Aufgabe von Politik. Und auch, wenn uns in diesem Bereich wegen unserer finanziellen Lage oft enge Grenzen gesetzt sind, liegt es an uns, innerhalb der Grenzen kreativ zu werden und das Bestmögliche für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Innerhalb enger Grenzen kreativ zu werden und das Bestmögliche zu erreichen – das umschreibt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr gut auch unseren **städtischen Haushalt** – die Basis für fast alles, was wir in Oberhausen verwirklichen können. Er

wird auch 2023 wieder ausgeglichen sein. Das ist dann zum siebten Mal in Folge der Fall, nachdem genau das zuvor 25 Jahre nicht gelungen war.

Wir müssen dafür neue Schulden aufnehmen, das gehört zur Wahrheit. Auch wenn die besonderen finanziellen Belastungen durch die Corona-Pandemie geringer geworden sind, sind sie noch nicht Geschichte. Dazu kommen die Kosten, die uns durch die humanitäre Hilfe für die geflüchteten Menschen aus der Ukraine entstehen.

Deshalb ist die Planung der Landesregierung, dass wir nicht nur die besonderen finanziellen Belastungen durch die Corona-Krise isolieren können, sondern auch die, die uns durch den Ukraine-Krieg entstehen – und das bis 2025 – eine Erleichterung. Sie eröffnet uns größere finanzielle Spielräume, als wir erwartet haben.

Selbstverständlich wäre es aber für uns nicht nur besser, wenn wir die Schulden nicht machen müssten, wenn unsere Extra-Kosten übernommen würden. Es wäre auch gerechter und fairer.

Die zusätzlichen Schulden, die durch die Isolierung entstehen, zeigen deshalb auch, warum wir weiter auf eine **Altschuldenlösung** dringen, dringen müssen. Denn während gut situierte Kommunen keine Probleme damit haben werden, diese Schulden über 50 Jahre abzutragen, wird das für uns eine zusätzliche Belastung. Auch deswegen brauchen wir die Altschuldenlösung, die nun in beiden Koalitionsvereinbarungen auf Bundes- und Landesebene steht, und wir brauchen sie jetzt, meine Damen und Herren!

Bei unserem Gestaltungsspielraum nehmen **Fördermittel** eine zentrale Rolle ein: Auch sie halten uns handlungsfähig, und dafür sind wir Land und Bund dankbar. Allein in den vergangenen drei Jahren haben wir über 100 Millionen Euro Förderung eingeworben – vor allem für die Investitionen in unsere Schulen und die Digitalisierung.

Dazu gehören aber auch Fördermittel für die Entwicklung unserer Quartiere: So haben wir in den vergangen zwei Jahren mehr Städtebauförderung eingeworben als in den fünf Jahren davor – nämlich 17,1 Millionen Euro für unsere Innenstädte in Alt-Oberhausen, Osterfeld und Sterkrade.

In den vergangenen zehn Jahren haben wir mit insgesamt über 40 Millionen Euro der Städtebauförderung unsere Quartiere vorangebracht. Das kann sich nicht nur in den

Bilanzen sehen lassen, das merken die Oberhauserinnen und Oberhausener ganz direkt.

Wo zwischen der Westfälischen Straße und der Heinestraße mal die Aula der Gesamtschule Osterfeld stand und zurzeit viel Nichts ist, werden fast 14 Millionen Euro Förderung in den **Multifunktionskomplex** fließen, in dem wir insgesamt über 19 Millionen Euro verbauen werden – für eine neue Stadtteilbibliothek, ein neues Jugendzentrum und ein neues Veranstaltungszentrum für Osterfeld.

Mitten in der Sterkrader City wird der **Kleine Markt** mit Fördermitteln in Höhe von über einer Millionen Euro neugestaltet, wird mit Bäumen und einem Fontänenfeld nicht nur das Mikroklima verbessert, sondern auch für Aufenthalt und Austausch der Bürgerinnen und Bürger.

Das Gestalten, auch das des räumlichen Umfeldes, ist ja eben auch eine wichtige Aufgabe von Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren. Eine, die wir sehr ernst nehmen und eine, die wir mit Weitblick wahrnehmen wollen: **Masterplan Neue Mitte 4.0** heißt deshalb das Konzept, mit dem Sie vor wenigen Monaten Leitlinien für die Entwicklung unseres jüngsten Stadtteils über die nächsten Jahrzehnte beschlossen haben. Im kommenden Jahr werden wir große Wettbewerbe für Städtebau und Freiraumplanung ausschreiben, um starke Entwürfe für Wohnviertel und Grünflächen zu bekommen. Weil wir aber nicht nur die in der Regel langen Stadtplanungsschritte machen wollen, werden wir bereits in diesem Herbst loslaufen und rund 150 zehnjährige Linden entlang der Essener und Osterfelder Straße pflanzen, die zu einer eindrucksvollen Allee heranwachsen sollen.

Die Neue Mitte als größtes Urban Entertainment Center Europas ist bereits zum Jahreswechsel um eine Attraktion gewachsen: **Topgolf** stärkt als erstes Angebot dieser Art in Kontinentaleuropa Oberhausen als Tourismusstandort. Die Pandemie hat diese Branche sehr mitgenommen, doch sie erholt sich langsam – wie es auch andere Bereiche tun.

Auch wenn viele kämpfen mussten: Unsere **Wirtschaft** ist besser durch die Corona-Krise gekommen als die vieler anderer Städte in der Region. Mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gab es in Oberhausen zuletzt 1983.

Allein von Dezember 2020 auf Dezember 2021 sind fast 2.300 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigte dazu gekommen, ein Plus von 3,4 Prozent.

Der Krieg in der Ukraine hat allerdings auch auf die Arbeitslosen-Statistik Auswirkungen: Zwischen Februar und August ist die Zahl der Arbeitslosen um gut 1.600 Personen gestiegen; der Zusammenhang mit der Zahl der Geflüchteten im erwerbstätigen Alter, die seit Juni in den Zuständigkeitsbereich des Jobcenters gewechselt sind, liegt dabei auf der Hand.

Klar ist, meine Damen und Herren: Wir müssen uns weiter um Ansiedlungen bemühen, müssen nachhaltig **Wirtschaftsflächen entwickeln**, müssen für **Gründerinnen und Gründer** attraktiver werden – beides steht deshalb auf der heutigen Tagesordnung des Rates: Denn das ist es, was uns in Krisen widerstandsfähig macht.

Noch lässt sich nicht abschätzen, welche mittel- und langfristigen Folgen die multiplen Krisen für uns haben wird. Den Mut zu verlieren ist für uns, ist für Politik und Verwaltung, für den Staat und die Stadt, aber schlicht keine Option, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und ich bin davon überzeugt, dass Krisen eben auch Chancen in sich bergen, das werden die meisten von Ihnen in Ihrem Leben immer wieder erlebt haben.

Krisen zwingen uns häufig zu Veränderungen. Ich halte die Bereitschaft zur Veränderung tatsächlich auch für eine Aufgabe von Politik: Wir sind gefordert, uns und unser Handeln anzupassen. Diese Fähigkeit haben wir in unseren Krisenstäben in den vergangenen zweieinhalb Jahren mit hohem Tempo trainiert; dass Veränderung aber ja sowieso zu unserer DNA gehört, muss ich Ihnen nicht erklären.

Mit Strukturwandel beschäftigt sich Oberhausen seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Es ist eine von vielen Transformationen, die unsere Stadt durchlaufen hat und durchläuft. Weil das so ist, richten wir im Bereich integrierte Stadtentwicklung und Statistik auch ein „Reallabor Transformation“ ein. In Kooperation mit der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen und mit der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen werden wir diese gesellschaftlichen Veränderungsprozesse auch wissenschaftlich untersuchen und begleiten lassen. So

wollen wir in Oberhausen einen Wissenschaftscampus aufbauen, Erkenntnisse gewinnen, die uns helfen, die Stadt für die Zukunft gut aufzustellen – und das gewonnene Wissen auch teilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein ausnehmend schönes Bild zum Schluss meiner Ausführungen, ein Bild für unsere Flexibilität, dafür, dass wir in Oberhausen in Bewegung sind und bleiben wollen, ist meiner Ansicht nach unser neuer Bewegungshügel im Revierpark Vonderort.

- Er ist ein Ort, an dem Ausdauer, Kraft und Balance trainiert werden, an dem aber auch gespielt werden kann;
- ein Ort, an dem Foulspiel nicht erwünscht ist,
- ein Ort, der zu Gemeinsamkeit einlädt, aber auch Raum lässt für Individuen;
- ein Ort, an dem Oberhausenerinnen und Oberhausener sich stark machen können für die Zukunft;
- ein Ort, der von den Menschen genau so auch angenommen wird: ich war noch gestern Mittag da und es war wirklich rappellvoll.

Lassen Sie uns dieses Bild als Beispiel dafür nehmen, was wir durch Investitionen, Kreativität und Engagement erreichen können.

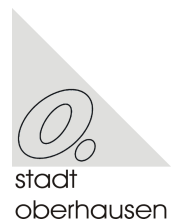
Verantwortung übernehmen, Handeln, Zuversicht vermitteln – das sind gerade in Krisenzeiten, in dem Moment, wo viele Unsicherheit und Sorge verspüren, die Aufgaben von Politik und Verwaltung, unsere Aufgaben. Wir stehen nicht für das Beschreiben von Problemen, sondern für das Lösen von Problemen. Das tun wir jeden Tag. Und auch mit dem städtischen Haushalt 2023.

Glückauf!

Von einer Krise in die nächste!

- Rede des Stadtkämmerers zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2023 -

Apostolos Tsalastras, Stadtkämmerer
Dezernat 1
Finanzen und Kultur
26. September 2022



Ausgangslage

Es ist in Oberhausen schon in normalen Zeiten nahezu unmöglich einen Haushalt aufzustellen, der ausgeglichen ist, alle bekannten Risiken absichert und auch noch einen bescheidenen Beitrag zur Reduzierung der Altschulden leistet. In der aktuellen Situation, wo mehrere Krisen aufeinandertreffen, die noch nicht mal in ihren Wirkungen ausreichend erkannt und erfasst sind, brauchen wir darüber gar nicht erst nachzudenken.

Um den Haushaltsplanentwurf 2023 richtig einordnen zu können bedarf es einer Betrachtung dieser gesellschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Ausgangslage. Dies ist insbesondere für die anschließenden Haushaltsberatungen und der Beschlussfassung am Ende des Prozesses entscheidend.

Die Corona-Krise dauert noch an und hat enorme finanzielle Auswirkungen gehabt, die in 2020 in großen Teilen durch finanzielle Ausgleichsmaßnahmen des Bundes und des Landes aufgefangen werden konnten. Diese Unterstützungsleistungen gab es in den Jahren 2021 und 2022 entweder gar nicht oder als kreditierte Hilfe. In 2021 machte allein der Gewerbesteuerausfall mit 27,7 Mio. € einen Anteil von 51% des gesamten registrierten Finanzschadens der Corona-Pandemie aus. Im Jahr 2022 stellen wir fest, dass insbesondere die Gewerbesteuerausfälle durch die Möglichkeit der Aussetzung der Vorauszahlung viel zu hoch ausgefallen sind, als es die realen wirtschaftlichen Verhältnisse der Unternehmen zugelassen hätten. Die Folge sind erhebliche einmalige Nachzahlungen, die die Gewerbesteuererträge in 2022 weit über das geplante Maß ansteigen lassen. Diese Nachzahlungen können aber bei weitem nicht die Verluste der Vorjahre ausgleichen.

Sicherlich gab es auch steigende Finanzierungsbedarfe für Personal und Impfstationen, für Gesundheitsbedarfe und andere Sachleistungen, aber in weiten Teilen war die Corona-Krise für Oberhausen eine Ertragskrise. Hintergrund war der massive wirtschaftliche Einbruch, den viele insbesondere für Oberhausen wichtige Branchen erleiden mussten. Noch immer kämpfen viele Akteure im Bereich der Kreativwirtschaft, in der Tourismusbranche, der Gastronomie und in Teilen des Einzelhandels ums Überleben.

Da befinden wir uns schon in der nächsten, nach meiner Einschätzung viel umfassenderen Krise. Der Krieg in der Ukraine wirkt sich in vielerlei Hinsicht auf die kommunale Finanzlage aus. Offensichtlich handelt es sich zu Beginn um eine Aufwandskrise. Die Menschen, die zu uns geflohen sind, um vor den schrecklichen Folgen des menschenverachtenden russischen Angriffskrieges Schutz zu suchen, müssen bei uns untergebracht und versorgt werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir - auch in Solidarität zu unserer Partnerstadt Saporishja – dies tun. Es bedeutet aber auch eine finanzielle Belastung des Haushaltes, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausreichend von Bund und Land ausgeglichen wird. Insbesondere die Landesregierung NRW konnte sich durch den Rechtskreiswechsel der Geflüchteten vom Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) zum SGB II voraussichtlich um über 2 Mrd. € entlasten. Nun übernehmen Bund und Kommunen für diese Menschen die Kosten für Verpflegung und Unterkunft nahezu allein.

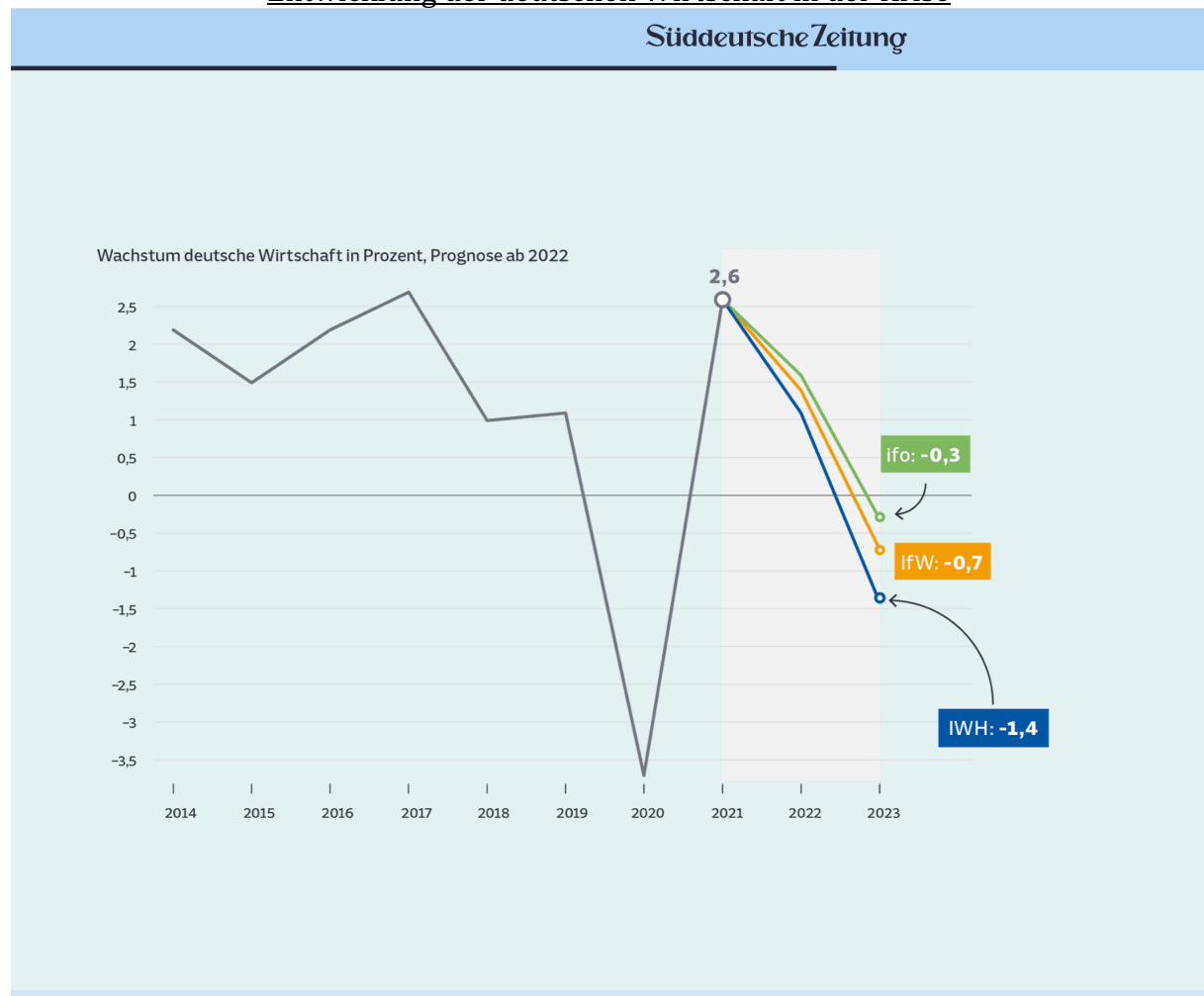
Der Krieg in der Ukraine hat aber auch weitere insbesondere massive wirtschaftliche Folgen. Die im direkten Zusammenhang stehende Energiekrise bedeutet auch enorme

finanzielle Kosten für den Haushalt und eine Belastung der städtischen Töchter. Insbesondere die Energieversorgung Oberhausen (EVO) wird von der Energiekrise gebeutelt werden. Gleichzeitig haben wir es mit einer hohen Inflation durch die hohen Energiekosten, aber auch durch Lieferengpässe und andere weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu tun, die einen Anstieg von Baukosten, Dienstleistungskosten und in Reaktion darauf auch Personalkosten nach sich ziehen, die alle den Haushalt belasten. Darauf reagiert die Europäische Zentralbank (EZB) verständlicherweise mit steigenden Zinssätzen, die sich direkt auf unsere Finanzierungskosten auswirken und zu steigenden Zinslasten für den städtische Haushalt führen. Das schmerzt eine Kommune wie Oberhausen mit der enormen Altschuldenlast ganz besonders.

Zeitversetzt zu dieser Entwicklung prognostizieren alle Wirtschaftsforschungsinstitute einen vorübergehenden Rückgang der Wirtschaftsleistung, der sich ab 2023 auch auf die Steuererträge auswirken wird.

Entwicklung der deutschen Wirtschaft in der Krise

Süddeutsche Zeitung



Aus: Süddeutsche Zeitung, e-paper vom 12.09.2022, Quellen der SZ: destatis, IfW, Ifo, IWH.

In welchem Umfang sich dies auf die Steuererträge in Oberhausen auswirken wird, hängt vom Umfang des wirtschaftlichen Rückgangs wie auch von der zeitlichen Dauer der wirtschaftlichen Krise ab. Auch die sonst rechtzeitig zur Verfügung stehenden Orientierungsdaten für NRW, die uns die Landesregierung zur Verfügung stellt, stehen noch aus, so dass eine konkrete Einschätzung der Auswirkungen für uns nicht wirklich möglich ist.

Mittel- bis langfristig sind sich die Wirtschaftsforschungsinstitute einig, wird sich die wirtschaftliche Entwicklung wieder stabilisieren können. Die Frage für uns und die anderen Kommunen ist, wie dieser Zeitraum überwunden werden kann. Bisher ist eine finanzielle Unterstützung zur Überwindung dieser finanziellen Krise nicht vorgesehen.

Städte im Strukturwandel, die extreme Belastungen aus der Vergangenheit zu tragen haben, sind solchen elementaren Krisen wie der Corona-Krise und den weltwirtschaftlichen Auswirkungen von Kriegen und Finanzkrisen nicht gewachsen. Sie besitzen keine finanzielle Krisenresilienz. Dafür verantwortlich sind im Wesentlichen 3 Ursachen. Zum einen gibt es eine hohe soziale Belastungen, die massive finanzielle Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt haben. Der Oberhausener Haushalt besteht auch in 2023 zu 47% aus den Produktbereichen Soziales und Jugend und den Sozialausgaben der LVR-Umlage. Die Menschen in Oberhausen haben zum anderen ein niedriges Primäreinkommen, das weit unter dem NRW-Durchschnitt liegt. Besondere Auswirkungen haben die ökonomischen Probleme, die aus den Strukturkrisen der Vergangenheit hervorgegangen sind. Oberhausen hat aus diesem Grunde nach wie vor eine extrem niedrige Wirtschaftskraft. Das in Oberhausen erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf liegt weit unter dem NRW-Durchschnitt und auch unter dem im Ruhrgebiet. Bei den kreisfreien Städten haben nur Herne und Bottrop ein noch geringeres BIP pro Kopf.

BIP und Primäreinkommen vergleichbarer Städte in 2019

Stadt	BIP in Mio. € in 2019	BIP/Einw. in € in 2019	Primäreink./Einw. in € in 2019
Bochum	12.729	34.862	25.065
Bottrop	2.885	24.559	24.492
Dortmund	23.924	40.713	24.342
Duisburg	17.693	35.482	20.769
Essen	26.240	45.013	26.046
Gelsenkirchen	8.307	31.930	19.084
Hagen	6.495	34.412	23.329
Hamm	5.430	30.248	21.736
Herne	4.118	26.326	20.576
Mülheim a.d.R.	6.124	35.863	29.629
Oberhausen	5.795	27.489	22.397
Ruhrgebiet	172.498	33.745	24.604
NRW	717.503	39.995	28.279

aus: Kommunalfinanzbericht Metropole Ruhr 2021, 12.2021, Seite 11 des Anhangs.

All diese Umstände führen dazu, dass Oberhausen sehr geringe eigene wirtschaftliche Kapazitäten hat, um die finanziellen Auswirkungen dieser Krisen zu überwinden.

Das ist der gesellschaftliche und ökonomische Rahmen, in dem wir den Haushalt für das Jahr 2023 aufstellen. Der rechtliche Rahmen ist bisher nur zum Teil geregelt. Bei der Aufstellung des Haushalts waren folgende rechtliche Rahmenbedingungen gegeben:

1. Die Möglichkeit die finanziellen Auswirkungen der Covid-Pandemie mit einem fiktiven Ertrag ausgleichen zu können, der sogenannten Covid-Isolierung, endet in 2022. Da bereits in der Diskussion war, diese Möglichkeit der Covid-Isolierung auf 2023 zu verlängern, haben wir bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs diese Berechnung vorgenommen und im aktuellen Entwurf vorgesehen.

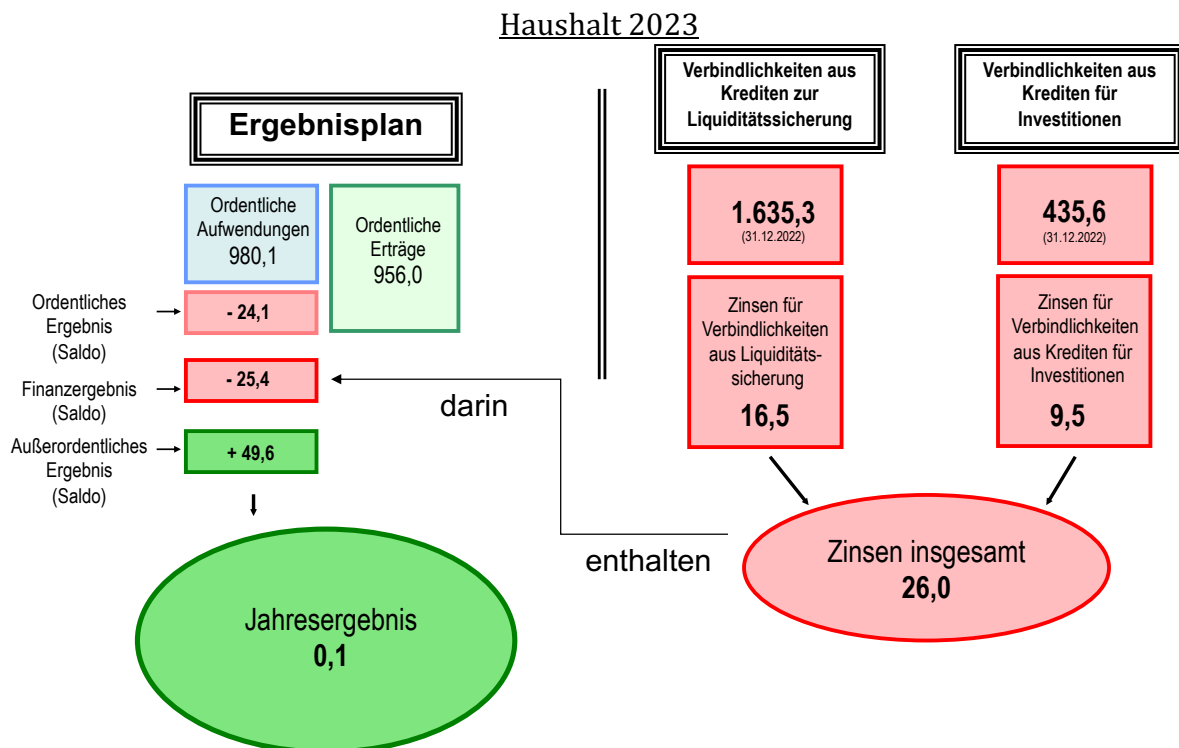
2. Oberhausen hat als Kommune mit negativem Eigenkapital die Verpflichtung ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Erst die Bewilligung desselbigen durch die Kommunalaufsicht verleiht dem Haushalt Rechtskraft. Das HSK 2022 wird im Rahmen der Haushaltsberatungen fortgeschrieben und ergänzt um die Maßnahmen, die der Stadtkämmerer in Abstimmung mit den Dezernaten bereits zur Aufstellung des Entwurfs vorgenommen hat.

Mittlerweile hat uns der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften erreicht, der unter anderem eine Änderung des NKF-COVID-19-Isolierungsgesetzes vorsieht. Dort wird tatsächlich die Möglichkeit der Covid-Isolierung auf das Jahr 2023 ausgeweitet und für das Jahr 2023 auch eine Isolierung der Ukraine-Folgen ermöglicht. Diese Möglichkeit konnte im Haushaltsplanentwurf nicht berücksichtigt werden und muss bei den Haushaltsberatungen im Rahmen der Veränderungsnachweisungen eingeplant werden.

Haushalt 2023

Bei den Anmeldungen der Fachbereiche wurde bereits das Grundproblem des Oberhausener Haushalts deutlich. Auch nach Festlegung der möglichen Covid-Isolierung blieb ein Defizit von 38 Mio. € im Ergebnisplan bestehen. In den Haushaltsgesprächen mit der Fachverwaltung galt es dieses Defizit abzubauen, um einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf einbringen zu können.

Dies ist in mühevoller Kleinarbeit gelungen, auch wenn sicherlich im Rahmen der Haushaltsberatungen nachgesteuert werden muss.

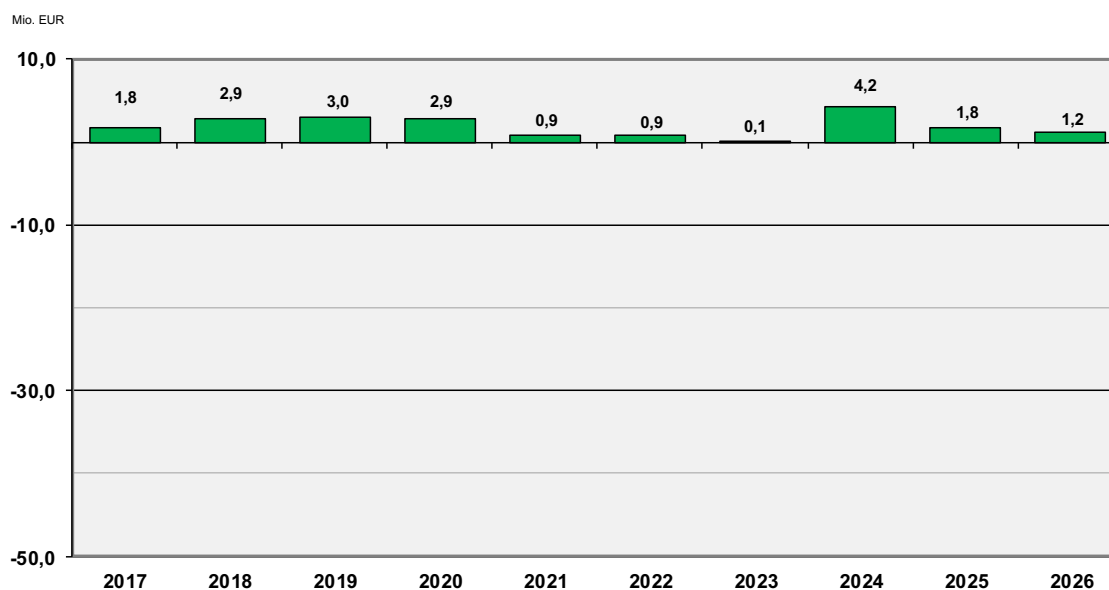


Darstellung des Haushalts 2023, Bereich 1-1, 09.2022

Der eingebrachte Entwurf schließt im Ergebnishaushalt mit 123.590 € ab, der sogenannten schwarzen Null. Dies ist möglich, weil ein Covid-Schaden von nahezu 50 Mio. € isoliert werden konnte. Die ordentlichen Erträge in Höhe von 956 Mio. € können die ordentlichen Aufwendungen von 980,1 Mio. € nicht decken. Nimmt man die notwendigen Aufwendungen für die Verschuldung hinzu so ergibt sich ein reales Defizit in Höhe von 49,5 Mio. €.

Die Covid-19-Isolierung sieht vor, dass auch die mittelfristige Finanzplanung mit einem entsprechenden fiktiven Ertrag fortgeschrieben wird, auch wenn real in den betroffenen Jahren ab 2024 gar keine Isolierung rechtlich vorgesehen ist.

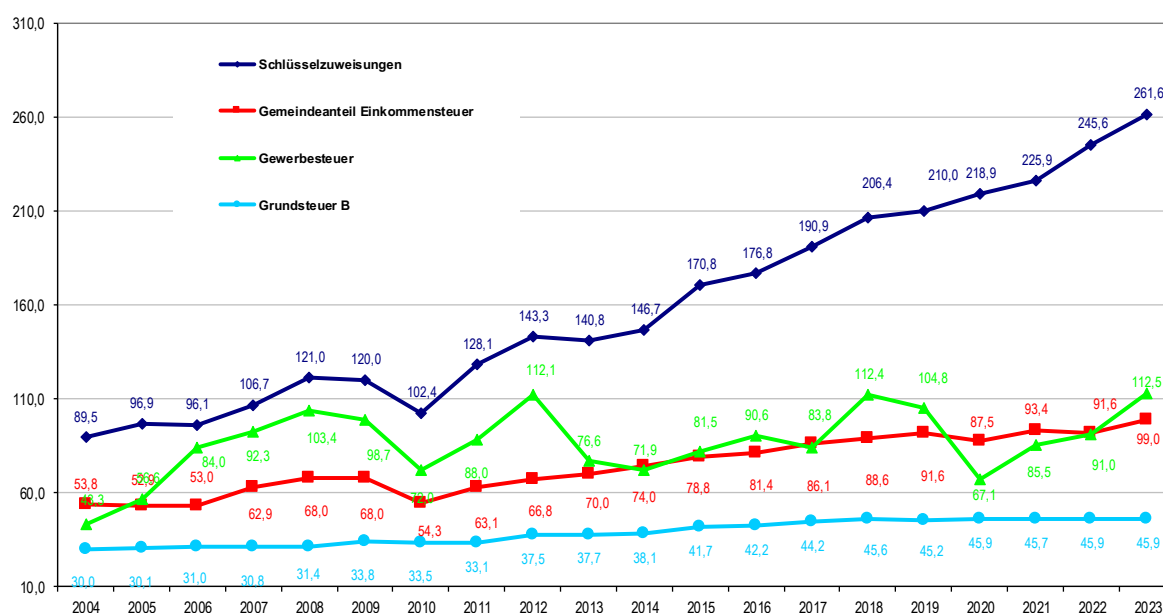
Haushaltsergebnisse ab 2021 mit Covid-19-Isolierung



Darstellung der Haushaltsergebnisse bis 2026, 2017-2021 Jahresergebnisse, 2022-2026 Plandaten, Bereich 1-1, 09.2022

Im vorliegenden Haushaltsentwurf konnten die Auswirkungen der Ukraine-Krise nicht einberechnet werden. So findet sich im Haushalt eine Tarifsteigerung für die Personalkosten in Höhe von 2,5% wieder, was völlig unrealistisch ist. Wir rechnen aktuell mit dem doppelten Anstieg. Auch der Energiekostenanstieg und mögliche Auswirkungen der geringeren Wirtschaftsleistungen auf die Steuererträge sind bisher nicht eingeflossen. Allein eine Prognose der Kosten für die Geflüchteten konnte berücksichtigt werden. Diese Risiken gilt es im Rahmen der Haushaltsberatungen einzubeziehen. Mithilfe der neuen Isolierungsmöglichkeit für die finanziellen Folgen des Krieges in der Ukraine kann dies ohne Belastung des Ergebnisses geschehen, wird aber eine weitere Erhöhung der geplanten Neuverschuldung ergeben.

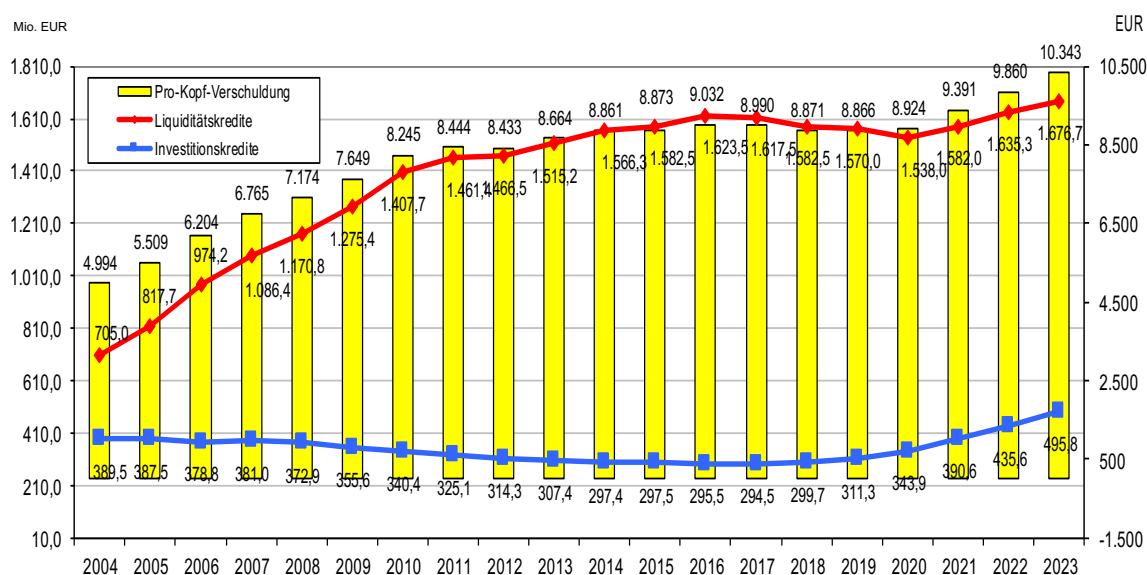
Entwicklung der relevanten Steuern und der Schlüsselzuweisungen



Darstellung der Steuerentwicklung und der Schlüsselzuweisungen bis 2023, 2004-2021 Jahresergebnisse, 2022 und 2023 Plandaten, Bereich 1-1, 09.2022

Problematisch ist auch die Entwicklung der eigenen Steuerkraft. Immer wieder wird eine kontinuierliche positive Entwicklung durch Krisen abgebrochen, so dass insbesondere die Gewerbesteuer stagniert und man den kontinuierlichen Wachstumspfad kaum erkennen kann. Besonders deutlich wird die Abkopplung der eigenen Steuerkraft von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wenn man sich die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen anschaut, die über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) ausgeschüttet werden. Auch wenn der Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern mit 23% gleich bleibt, erhöht sich unsere Abhängigkeit an den Schlüsselzuweisungen. Mittlerweile übertreffen sie die Summe aus Gewerbe-, Grundsteuern und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Um so schmerzhafter sind für uns die willkürlichen Operationen am GFG der vergangenen Landesregierung zugunsten des kreisangehörigen Raums und zu Lasten armer mittelgroßer Städte wie Oberhausen.

An Investitionen ist im Haushaltsentwurf der Betrag in Höhe von 134,2 Mio. € geplant, der mit einer Neuverschuldung bei den Investitionskrediten in Höhe von 57,9 Mio. € finanziert werden muss. Diese Entwicklung dürfte sich insbesondere aufgrund des Investitionsbedarfs im Schulbereich weiter fortsetzen, ist aber sehr bedenklich. Auch wenn Investitionskrediten ein Vermögenswert gegenübersteht, sollten in einem gesunden Haushalt die Investitionen durch Erträge erwirtschaftet werden. Dies ist in Oberhausen aktuell nicht möglich. Wir sind sogar gezwungen für die Zinsen unserer Investitionskredite, neue Kredite aufzunehmen.

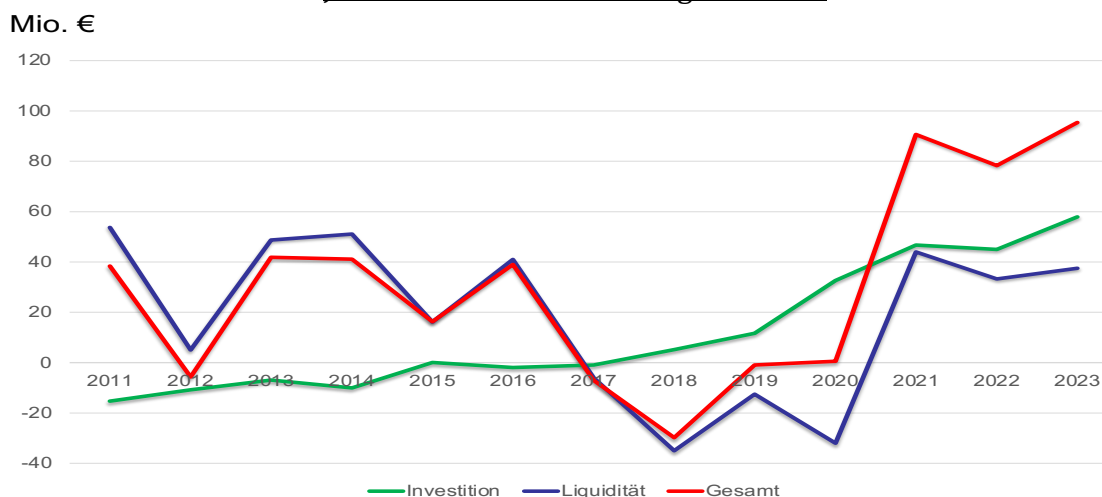
Verschuldungsentwicklung seit 2004

Einwohnerzahl:
31.12.2021: 210.041

Darstellung der Verschuldung bis 2023, 2004-2021 Jahresergebnisse, 2022 und 2023 Plandaten, Bereich 1-1, 09.2022

Insgesamt entwickelt sich die Neuverschuldung aufgrund der Krisen dramatisch, wie in den letzten Haushaltsreden prognostiziert. Es ist ziemlich sicher, dass wir zum Ende dieses Jahres die Schallmauer von 2 Mrd. € Gesamtverschuldung durchbrochen haben werden und in 2023 werden wir eine Pro-Kopf-Verschuldung ausweisen, die über 10.000 € liegen wird. Auch wenn in diesem Jahr die Neuverschuldung voraussichtlich geringer ausfallen wird, als im Haushaltsplan 2022 vorgesehen, bedeutet dies insgesamt eine mehr als bedenkliche Entwicklung.

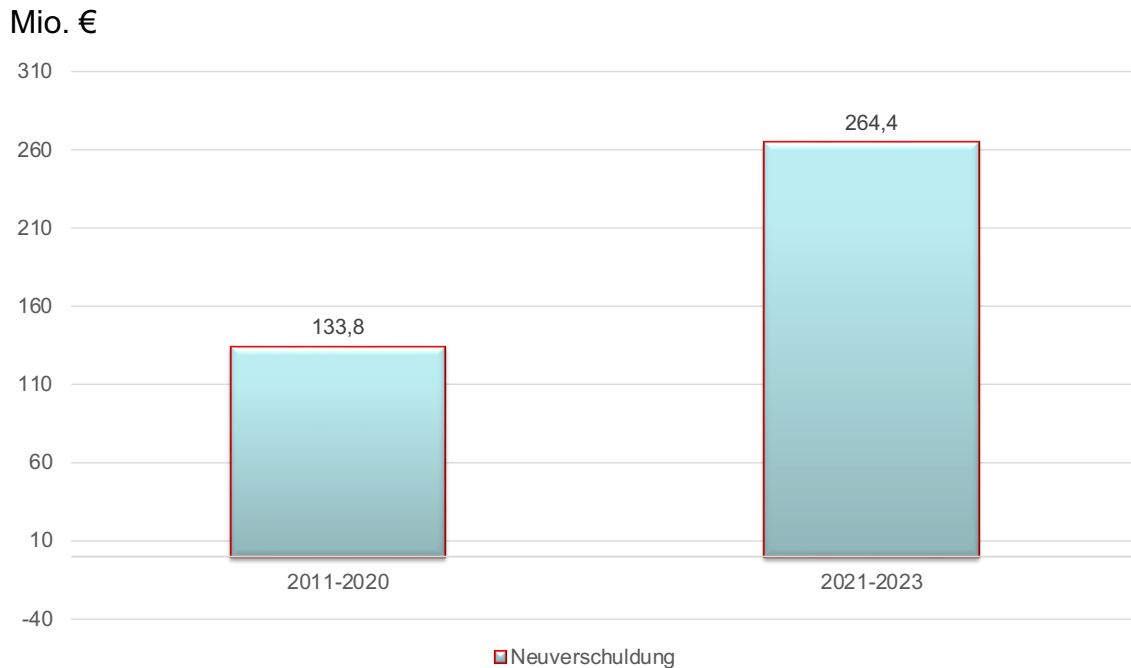
In den Jahren 2021, 2022 und 2023 werden wir eine jährliche Neuverschuldung haben die zwischen 80 und 100 Mio. € liegt. Dabei erreichen Liquiditätskredite und Investitionskredite ungefähr die gleiche Höhe.

Jährliche Neuverschuldung seit 2011

Darstellung der Neuverschuldung bis 2023, 2011-2021 Jahresergebnisse, 2022 Prognose und 2023 Plandaten, Dezernat 1, 09.2022

Diese Rekordverschuldung bedeutet, dass wir in den Jahren 2021 und 2022 mehr neue Schulden aufgenommen haben als in den 10 Jahren davor und wenn man das Jahr 2023 hinzunimmt sogar fast doppelt so viel. Paradoxerweise bleibt der Haushalt durch die „Bilanzierungshilfe“, die Covid-19-Isolierung, ausgeglichen.

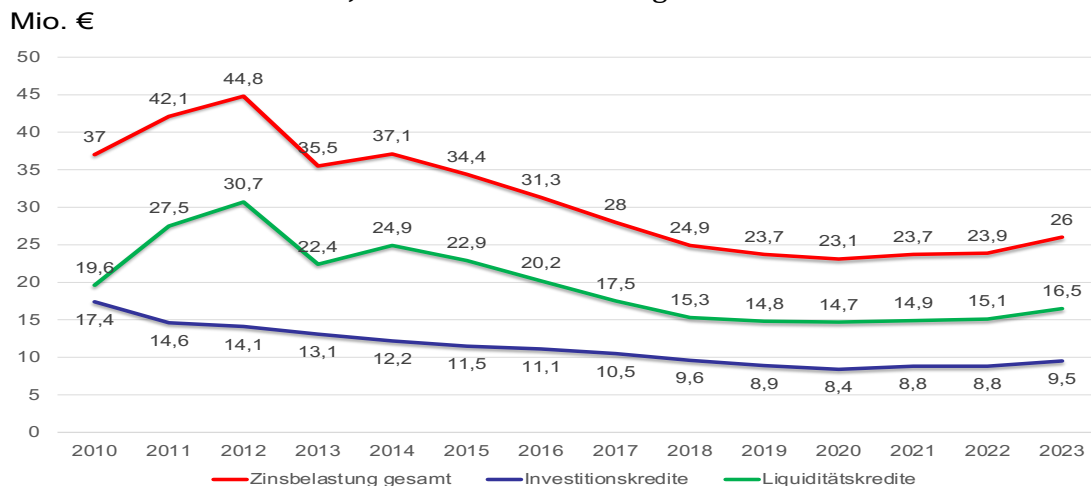
Neuverschuldung im Vergleich der Jahre



Darstellung der Neuverschuldung bis 2023, 2011-2021 Jahresergebnisse, 2022 Prognose und 2023 Plandaten, Dezernat 1, 09.2022

Erschwerend kommt der Anstieg der Kreditzinsen zu dieser Verschuldungsentwicklung hinzu. Bis 2020 hat sich die Zinsbelastung kontinuierlich gesenkt. Erst in diesem Jahr erleben wir einen leichten Anstieg der Zinsbelastung. Im nächsten Jahr gehen wir von einer Mehrbelastung in Höhe von 3,4 Mio. € im Vergleich zum laufenden Jahr aus. Diese Entwicklung wird sich in den folgenden Jahren weiter verschärfen.

Jährliche Zinsbelastung seit 2010



Darstellung der Zinsbelastung 2010-2023, 2010-2021 Jahresergebnisse, 2022 und 2023 Plandaten, Dezernat 1, 09.2022

Die risikoarme Verschuldungsstrategie der Vergangenheit verhilft uns aktuell zu einem langsamen Anstieg der Zinsbelastung, da auch ein Großteil der Liquiditätskredite mittelfristig bis langfristig gebunden sind und wir so von den niedrigeren Zinsen der Vergangenheit profitieren.

Gute Hoffnung

Anhand der Verschuldungsentwicklung erkennt man deutlich, dass die Isolierungstricks allein der kurzfristigen Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit dienen können und keine reale Unterstützung darstellen. Deshalb kann es und darf es nicht bei dieser Maßnahme bleiben, vielmehr müssen konkrete materielle Leistungen bei den finanzschwachen Kommunen ankommen.

In der Vergangenheit hat die Haushaltseinführung mit Maßnahmen und Forderungen geendet, die erforderlich sind, um die finanzielle Situation der Stadt nachhaltig verbessern zu können. Dies soll auch in 2023 so sein. Ergänzt wird dies mit einer Einschätzung, ob diese Anforderungen Umsetzungschancen haben und für uns eine „Gute Hoffnung“ besteht, die Zukunftsaufgaben bewältigen zu können.

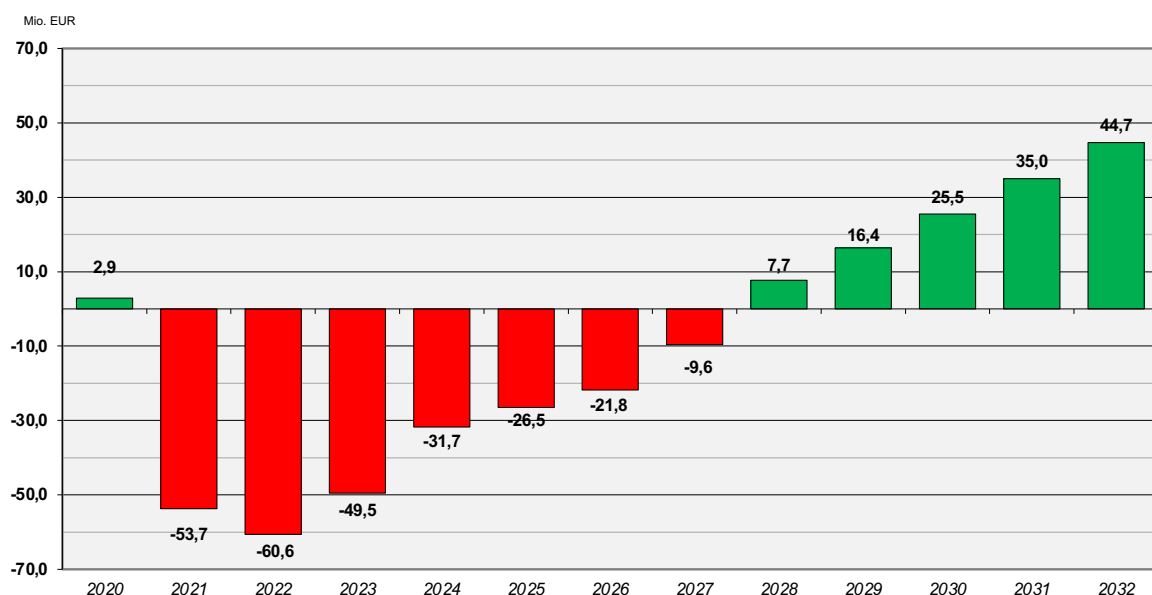
Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

- **Ausgleich der Corona-Schäden**
Es bedarf eines Ausgleichs der kommunalen Steuerausfälle durch Bund und Länder, damit diese keine materiellen Schäden aus den Krisen davontragen, die sie in der Zukunft nicht reparieren können. Zumindest die finanzschwachen Kommunen werden diese Auswirkungen in Zukunft nicht ausgleichen können und noch nachfolgende Generationen werden die Folgen tragen müssen. Leider gibt es keinerlei Hoffnung einen Ausgleich zu bekommen, so dass diese neuen Schulden auch zukünftig die Kommunen belasten werden.
- **Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen**
Die Zukunftsaufgaben in den Bereichen Klima, Bildung, Digitalisierung werden erhebliche Investitionen erfordern, die von den finanzschwachen Kommunen nicht aus eigener Kraft finanziert werden können. Daraus folgt, wie wir aktuell am Oberhausener Haushalt ersehen können, dass diese Aufgaben nur durch eine neue Verschuldung finanziert werden können. Auch hier scheint eine Umsetzung mehr als fraglich. Stattdessen werden zahlreiche, extrem bürokratische Förderprogramme aufgelegt, die enormen Aufwand bedeuten und von denen meistens eher finanzstarke Kommunen profitieren.
- **Gerechtere Verteilung der Finanzmittel**
Insbesondere finanzschwache Kommunen haben keine ausreichende finanzielle Ausstattung, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. So ist die viel beschworene kommunale Selbstverwaltung nicht umsetzbar. Insbesondere in Krisenzeiten verlieren finanzschwache Kommunen trotz jahrelanger Bemühungen den Halt. Auch in Oberhausen sind die Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre zu nichts gemacht worden. Leider gibt es auch in der Frage der Erhöhung der

Finanzmittel im GFG genauso keine Perspektive wie auch bei der Rücknahme der ungerechten Regelungen im GFG.

- Erfolgreiche Bekämpfung der Ursachen
Wir müssen noch stärker als bisher die Ursachen der finanziellen Schwäche unserer Stadt beseitigen. Wir brauchen eine kluge und kreative Entwicklung unserer ökonomischen Basis, damit aus wirtschaftlicher Kraft Steuererträge generiert werden können. Zudem müssen wir die sozialen Bedingungen und Chancen unserer Bürgerinnen und Bürger verbessern, damit sie aus eigener Kraft wieder Anschluss finden und nicht mehr auf soziale Leistungen angewiesen sind. Dazu müssen wir bestehende Förderprogramme nutzen und kreative Lösungen entwickeln.
- Eigene Konsolidierungsbemühungen
Mit dem bestehenden HSK und seiner Fortschreibung für 2023 verstärken wir unsere Bemühungen wieder einen ausgeglichenen Haushalt in Zukunft erreichen zu können. Nach aktueller Einschätzung wird dies erst wieder in 2028 möglich sein. Mit weiteren Anstrengungen könnte es zumindest bereits in 2026 gelingen, ein genehmigungsfähiges HSK auf die Beine zu stellen und damit einen genehmigten Haushalt zu haben.

Ergebnisplan und Prognose bis 2032 ohne Covid-Isolierung

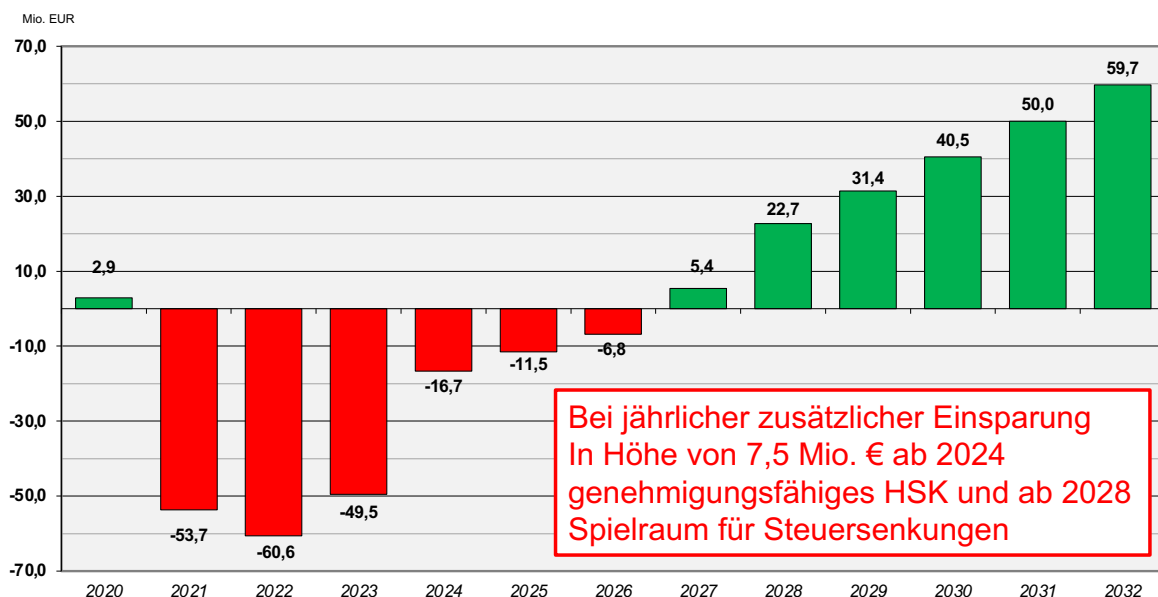


Darstellung der Haushaltsergebnisse 2020-2032, 2020 und 2021 Jahresergebnisse, 2022-2026 Plandaten, ab 2027 Prognosen, Bereich 1-1, 09.2022

- Altschuldenlösung
Mit einer Altschuldenlösung könnte dies bereits früher gelingen. Durch eine Entlastung bei den Zinskosten und dem Aufbau von Eigenkapital könnte Oberhausen wieder wie andere Kommunen langfristige HSKs aufstellen und genehmigungsfähige Haushalte verabschieden. Die Landesregierung hat es in der letzten Legislaturperiode nicht geschafft eine solche Lösung vorzulegen. Jetzt haben alle Akteure versprochen, dass dies zur Not auch ohne den Bund gelingen wird. In der

Koalitionsvereinbarung ist dies auch so festgehalten und soll spätestens 2024 umgesetzt werden. Natürlich hängt eine erfolgreiche Altschuldenlösung von den konkreten Bedingungen ab. Gibt es einen Sockelbetrag der Schulden, der bei den Kommunen verbleibt und wie hoch wird dieser sein? Wie hoch wird der übernommene Anteil sein und wird eine Eigenbeteiligung festgelegt? Und welche Regelungen werden getroffen, um eine weitere Neuverschuldung zu vermeiden? Alles Fragen, die geklärt werden müssen, um bewerten zu können, ob die angestrebte Altschuldenlösung wirklich eine Lösung darstellt und uns wieder voll handlungsfähig macht.

Ergebnisplan bis 2032 mit Altschuldenlösung



Darstellung der Haushaltsergebnisse mit Entlastung bei den Zinsen ab 2024 durch Altschuldenlösung 2020-2032, 2020 und 2021 Jahresergebnisse, 2022-2026 Plandaten, ab 2027 Prognosen, Bereich 1-1, 09.2022

Bei einer Übernahme aller Liquiditätskredite, die vor 2020 aufgenommen wurden und eigenen Anstrengungen können wir dann voraussichtlich bereits 2024 wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Ein solches Vorgehen würde auch die aktuelle neue Covid-Isolierung in ein neues Licht stellen, als Übergang zu einer dauerhaften Lösung der Altschuldenfrage.

Ob jetzt Hoffnung besteht oder sogar „Gute Hoffnung“ möchte ich mit dem Ausschnitt eines Gedichts von John von Düffel mit dem Titel „Stirbt zuletzt“ aus dem aktuellen Spielzeitheft des Theaters Oberhausen beantworten.

Hoffnung ohne Naivität
Ist ein Kraftakt der Konzentration
Auf das Wenige und Wesentliche
Was man tun kann

Sie ist nicht von selbst da
Und auch nicht von vornherein
Sie ist Arbeit – mehr als das

Sich aus der Hoffnungslosigkeit herauszuarbeiten
Ist ein Kunststück

Es beginnt damit, die Ohnmacht
Der Hoffnungslosigkeit zu überwinden
Und ins Tun zu kommen, in eine Tätigkeit
Die einen Unterschied macht

Durch Wirksamkeit wird Hoffnung Wirklichkeit